



**AKTIONEN ZUM 1. MAI 2021**

**EIN HALBES LEBEN  
Zur Situation von 24-Stunden-  
Betreuer\*innen in Österreich**



## Editorial

Die ohnehin schwierige Situation von Arbeitsmigrant\*innen in Österreich hat sich in der Zeit der Corona-Pandemie massiv verschärft.

Insbesondere 24-Stunden-Betreuer\*innen aus unseren Nachbarstaaten sind dabei besonders betroffen. Sie werden meist von Agenturen in scheinselfständigen Arbeitsverhältnissen ausgebeutet.

Wir alle erinnern uns an Berichte von Pfleger\*innen, die wegen der Einreisebeschränkungen im ersten Lockdown nicht mehr einreisen durften und mangels einer Absicherung keinerlei Entschädigung dafür erhielten. Später mussten Pfleger\*innen sich auf eigene Kosten testen lassen und für Quarantäne-Kosten selbst aufkommen.

Amnesty International fordert eine bessere soziale Absicherung der 24-Stunden-Pflegekräfte. Derzeit ist eine Kampagne in Planung, die auf diese prekäre Situation aufmerksam machen soll. Die Aussendung zum 1. Mai soll dafür ein erster Schritt sein.

Wie jedes Jahr rufen wir außerdem zu Aktionen für verfolgte Menschenrechtsverteidiger\*innen in aller Welt auf. Bitte helfen Sie auch dieses Mal wieder mit.

Wir danken für Ihren Einsatz.

*Das Team des Netzwerks  
Arbeit, Wirtschaft und soziale  
Rechte*

### Impressum:

Amnesty International Österreich  
Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale  
Rechte  
c/o Lerchenfelder Gürtel 43/4/3,  
A 1160 Wien  
E-Mail:  
gewerkschafterInnen@amnesty.at  
Eigene Herstellung, April 2021

© Titelbild: iStock

## UNSICHTBARE AUSBEUTUNG MITTEN IN ÖSTERREICH

Vor der Haustüre stehen, hastig rauchen und telefonieren, ab und an noch ein Spaziergang mit den zu Betreuenden – das sind die einzigen Gelegenheiten für viele der über 60.000 24-Stunden-Betreuer\*innen während ihrer Schichten die Wohnung ihrer Arbeitgeber\*innen zu verlassen. In der Zeit der meist 14-tägiger Einsätze sind die Betreuer\*innen also fast vollständig isoliert. Es fehlt ihnen nicht nur ihr Leben in der Heimat, ihre Familie, es gibt auch während der Einsätze keine Möglichkeiten zum Austausch mit anderen Betreuer\*innen, kaum Privatsphäre, keine Gespräche außer mit ihren Arbeitgeber\*innen.

Arbeitgeber\*innen? Nicht ganz richtig. Und damit ist auch schon das größte Problem der Betreuer\*innen, meistens slowakische oder rumänische Frauen, genannt. Denn Arbeitnehmer\*innen sind die Betreuer\*innen offiziell nicht, sondern selbstständige Ein-Personen-Unternehmen, mit allen damit verbundenen Nachteilen (kein Kollektivvertrag, kein bezahlter Urlaub oder Krankenstand, keine gewerkschaftliche Vertretung etc.). Dabei ist die Scheinselbständigkeit offensichtlich: die Betreuer\*innen sind völlig von den Agenturen oder den betreuten Personen abhängig, können keineswegs selbst bestimmen, wann, wo und wie lange sie arbeiten – das alles für ein Durchschnittseinkommen von 700 Euro/Monat.

Zu allem Unglück gibt es in der unüberschaubaren Menge von Betreuungsvermittlungsagenturen zahlreiche schwarze Schafe, welche die Betreuer\*innen durch völlig überzogene Provisionen, Knebelverträge, gefälschte Zertifikate etc. schamlos ausbeuten. Darüber hinaus kontrollieren viele Agenturen auch die Transporte der Betreuer\*innen zwischen Heimat- und Dienort. Einige Agenturen betreiben selbst Taxiunternehmen oder haben Verträge mit ebensolchen und verpflichten die Betreuer\*innen zur Nutzung dieser Dienste – die Kosten dafür werden häufig gleich vom Lohn einbehalten. Oft müssen die Fahrer\*innen dieser Kleinbusse ebenfalls unter großem Druck arbeiten, können keine Pausen machen und fahren völlig übermüdet stundenlang durch. So ist es schon zu einigen schweren Unfällen gekommen.

Als gesetzliche Vertretung wäre die Wirtschaftskammer zuständig – allerdings vertritt diese auch die Interessen der Vermittlungsagenturen und da die Betreuer\*innen mangels zeitlicher Ressourcen wenig über ihre Rechte informiert sind, Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haben und sich in Deutsch nicht sicher ausdrücken können, liegt es auf der Hand, welche Interessen präsenter sind.

Da die Interessenvertretung der 24-Stunden-Betreuer\*innen eher ‚zurückhaltend‘ agiert, blieb auch der große Aufschrei bei der nächsten Ungerechtigkeit aus: die Indexierung der Familienbeihilfe. Seit 1.1.2019 werden für die Kinder von EU-Bürger\*innen, die in Österreich arbeiten, die Familienbeihilfe und der Kinderabsetzbetrag an die Lebenshaltungskosten des jeweiligen Wohnstaates des Kindes angepasst. Bekommt man für ein Kind in Österreich 114€, ist das gleiche Kind in der Slowakei nur 81,05€ und in Rumänien nur mehr 56,20€ wert. Die europäische Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, die WKÖ schweigt.

Die Corona-Pandemie hat die Situation für die 24-Stunden-Betreuer\*innen deutlich verschärft: einige saßen wochenlang in Österreich fest, andere konnten ihren Arbeitsort nicht erreichen und hatten daher auch kein Einkommen. Die beklatschten ‚Pflegezüge‘ brachten großes gesundheitliches und oft auch finanzielles Risiko für die Passagier\*innen mit sich: die Kostenübernahme von Tests, Quarantäneaufenthalt in Hotels, Schutzausrüstung etc. wurde keineswegs garantiert. Auch vom Corona-Notfallfonds konnten viele Betreuer\*innen nicht profitieren, da zahlreiche Hürden (fehlender Zugang zu Informationen, kein österreichisches Bankkonto) eine Antragstellung verhinderte oder die Unterstützung an die Agenturen oder zu pflegende Person ausbezahlt wurde.

## INITIATIVEN

Einige engagierte Einzelpersonen haben sich über soziale Medien mit anderen 24h-Betreuer\*innen vernetzt und so einen Austausch über die Arbeitsbedingungen, die Belastungen, über unseriöse Agenturen oder unangenehme Betreuungsbedürftige ermöglicht. Diese Plattformen fanden so starken Anklang, dass die mutigen Initiatorinnen von einigen Agenturen als Bedrohung angesehen werden und nun massiv eingeschüchtert und bedroht werden.

Umso wichtiger ist der Zusammenschluss der 24h-Betreuer\*innen in gemeinsamen Initiativen.

So entstanden beispielsweise in Rumänien eine Plattform für die rumänischen 24-Std-Personenbetreuer\*innen „DREPT pentru îngrijire“ (Gerechtigkeit für Pflegearbeit) und in der Slowakei die Organisation „Iniciatíva za zlepšenie podmienok v 24h opatrovaní“ (slowakisch für „Initiative zur Verbesserung der Bedingungen in der 24-Stunden-Pflege“).

### **Manifest der Arbeitnehmer\*innen in der 24-Stunden-Betreuung in Österreich**

Im August 2019 starteten die Betroffenen eine Petition auf [aufstehn.at](https://aufstehn.at), in der sie ein Ende der Ausbeutung von 24h-Personenbetreuer\*innen durch Agenturen forderten. Diese kann man nach wie vor unter folgender Adresse unterzeichnen:

<https://mein.aufstehn.at/petitions/gerechtigkeit-fur-die-24-stunden-personenbetreuung>

Helfen Sie mit, die Forderungen wie z.B.: Aufhebung der Indexierung der Familienbeihilfe, klare Angaben zum Arbeitszeitplan, durch Kollektivvertragsverhandlungen festgelegten Mindestlohn, Einschränkungen der Befugnisse von Vermittlungsagenturen etc. umzusetzen.

### **Offener Brief zu 24-Std Betreuer\*innen**

Auch die Volkshilfe, Diakonie sowie Gewerkschaften setzen sich für Arbeitsmigrant\*innen und insbesondere für 24-Stunden-Pflegekräfte ein. In einem offenen Brief an den Finanzminister und die Wirtschaftsministerin forderten sie für die Pflegekräfte im April 2020 einen gerechten Zugang zu den Hilfszahlungen des Corona-Fonds.

<https://auge.or.at/bund/neues-vom-bund/offener-brief-24-std-betreuerinnen/>

### **Gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen**

Wir alle wollen sichere und gesunde Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung für unsere Arbeit. Und wir alle wollen in einer Gesellschaft leben, in der Arbeit unter menschenwürdigen Umständen passiert und auch von anderen geschätzt wird. Die Corona-Pandemie hat viele bestehende Probleme von Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen verschärft – etwa für 24-Stunden-Betreuer\*innen in Österreich. Wir setzen uns daher in unserer neuen Kampagne gemeinsam mit Betroffenen und Unterstützer\*innen für ihre Rechte ein. Erfahre mehr auf unserer Website!

<https://www.amnesty.at/kampagnen>

## AKTIONEN ZUM 1. MAI

Anlässlich des Tages der Arbeit bitten wir Sie, an den Appellaktionen teilzunehmen. Appellbriefe liegen bei.

### Honduras: Corona-Fall bei inhaftierten Umweltschützern



© Artwork by Jaskiran K Marway @ J.Kiran90

Seit 2018 werden mehrere Mitglieder der Umweltorganisation Comité Municipal para la Defensa de Bienes Comunes y Públicos strafrechtlich verfolgt, weil sie die Flüsse Guapinol und San Pedro schützen wollen. José Daniel Márquez Márquez, eines von acht inhaftierten Mitgliedern der Umweltorganisation, wurde laut den lokalen Behörden in Honduras positiv auf das Coronavirus getestet.

José Daniel Márquez teilte sich die Zelle mit weiteren inhaftierten Umweltschützern. Die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen bewertet ihre Inhaftierung als willkürlich und fordert ihre sofortige Freilassung. Die Behörden sollten die Inhaftierung der acht Umweltschützer überprüfen und alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um sie umgehend freizulassen.

Helfen Sie mit. Unterzeichnen und schicken Sie den Appellbrief per E-Mail.

### USA: Flüchtlinge und Migrant\*innen in Gefahr



© Richard Tsong-Taatarii/Star Tribune via Getty Images

Trotz schwerer Corona-Ausbrüche in Einwanderungshaftzentren weigert sich die US-amerikanische Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE), zehntausende Migrant\*innen und Asylsuchende freizulassen. Entgegen den Leitlinien der Zentren für Krankheitskontrolle und -prävention stellt die Einwanderungs- und Zollbehörde keine ausreichenden Mengen an Seife und Desinfektionsmittel zur Verfügung, führt keine Abstandsregelungen ein und verlegt weiterhin tausende Menschen von einem Einwanderungshaftzentrum zum nächsten.

Die Regierung Biden scheint bereit zu sein, positive Änderungen zur Verteidigung der Menschenrechte vorzunehmen. Sie muss aber diese Veränderungen unverzüglich vornehmen, um weitere Gefahren für diese Menschen abzuwenden.

Helfen Sie mit. Unterschreiben und schicken Sie den Appellbrief per Post oder über das Kontaktformular

<https://www.whitehouse.gov/contact/>

### Brasilien: COVID-Krise in Manaus



© AFP via Getty Images

Die Situation in den Krankenhäusern von Manaus, der Hauptstadt des Bundesstaats Amazonas in Brasilien, ist besorgniserregend. In der Stadt steigt die Zahl der Covid-19-Infektionen drastisch an, die Krankenhäuser sind voll ausgelastet und es gibt zu wenig Sauerstoff zur Behandlung von Covid-19-Patient\*innen. Obwohl die Bundesregierung inzwischen Sauerstoffflaschen in die Stadt geliefert hat, kann die aktuelle Nachfrage damit bei Weitem nicht gedeckt werden. In anderen Städten und Bundesstaaten in nahegelegenen Regionen Brasiliens droht eine ähnliche Situation.

Helfen Sie mit. Unterschreiben und schicken Sie den Appellbrief per E-Mail.

### Amazon muss Recht auf Beitritt und Gründung von Gewerkschaften respektieren



© AFP via Getty Images

Während der COVID-19 Pandemie steigen die Profite und Amazon CEO Jeff Bezos ist reichster Mensch der Welt geworden. Aber Amazon tritt die Rechte seiner Mitarbeiter\*innen mit Füßen.

Arbeitnehmer\*innen, die sich für bessere Arbeitsbedingungen aussprechen, schüchtert der Online-Riese ein oder kündigt sie. In der COVID-Pandemie hat sich die Lage weiter zugespitzt. Lagerarbeiter\*innen in den USA konnten sich an ihrem Arbeitsplatz nicht ausreichend vor dem Virus schützen. Weil sie diese Missstände kritisierten, hat Amazon sie sofort entlassen.

Einer Gewerkschaft beizutreten ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten. Obwohl Amazon behauptet, die Rechte der Beschäftigten zu respektieren, hat das Unternehmen die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften immer wieder eingeschränkt bzw. versucht, deren Gründung zu unterbinden. So bezeichnete Amazon in den Jahresberichten 2018 und 2019 die Existenz von Gewerkschaften als „Risikofaktor“ und empfahl 2018 in einem Schulungsvideo für Manager\*innen, nach „Warnzeichen“ für Gewerkschaftsaktivitäten Ausschau zu halten.

Aus internen Unterlagen, die im Oktober 2020 an die Öffentlichkeit durchgedrungen sind, geht hervor, dass Amazon seine Belegschaft in den USA anscheinend mit entsprechender Technologie überwacht und Social-Media-Konten heimlich auf Anzeichen von Plänen zur Organisation von Protesten oder Streiks durchsucht.

Helfen Sie mit und unterstützen Sie die Online-Petition:

<https://www.amnesty.org/en/get-involved/take-action/tell-amazon-to-let-workers-unionize/>